

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	6
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.01.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Maier		
Berichterstattung:	Herr Herrmann (AföO)		
Protokollführung:	Frau Mitschele / fr		
Betreff:	Laufende Bauvorhaben - Leonhardsvorstadt Sachstand Verkehrsführung Smart Mobility Hub, Haus für Film und Medien - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Entsprechend des vom Gremium vorgebrachten Wunschs nimmt BM Dr. Maier die Themen Verkehrsführung während der Bauzeit im Zusammenhang mit den Bauvorhaben Leonhardsvorstadt, Breuninger Mobility Hub und Haus für Film und Medien auf. Er weist auf den großen Zeitdruck, der bei der Realisierung der Projekte in diesem Gebiet bestehe, hin. Für diese Realisierung müsse die Verkehrsführung wie in den Karten vorgesehen geändert und der Verkehr in die Esslinger Straße umgelegt werden.

Unter der Beachtung von drei generell geltenden Maximen würden jährlich etwa 20.000 Baustellen im Straßenbereich durchgeführt, stellt Herr Herrmann (AföO) voran. Der öffentliche Verkehrsraum dürfe nur möglichst gering beeinflusst sein. Während der Bauzeit sollte die Verkehrsführung einheitlich und klar sein und wegen des Gewöhnungseffekts unverändert bestehen. Außerdem dürften durch Veränderungen in der Verkehrsführung keine sicherheitskritischen Zustände entstehen. Vorliegend gehe es um den Mobility Hub der Firma Breuninger und das Haus für Film und Medien. Der Baustellenverkehr solle mit einer Zufahrt von der B14 bedient werden; abhängig von den Bautätigkeiten gebe es immer mindestens eine der zwei möglichen Ausfahrten (Fo-

lie 3). Der Durchgangsverkehr auf der B14 bestünde unverändert fort. Außer den dargestellten Verkehren über die Esslinger Straße (ÖPNV als Rechtsabbieger, der Verkehr Richtung Planie und der Linksabbiegeverkehr), würden der Zielverkehr zum Parkhaus, Verkehre zum Bohnenviertel, die Anliegerverkehre auch über die Esslinger Straße geleitet. Unberührt blieben Fußgänger- und Fahrradverbindungen über den Charlottenplatz. Die kleinräumige Verkehrsführung leite den aus Richtung Süden/Heslach kommenden Geradeaus- und Rechtsabbiegeverkehr des Charlottenplatzes bereits am Österreichischen Platz bzw. am Wilhelmsplatz über die Olgastraße um. Zielverkehr für die B27 würde über die B27a und Theodor-Heuss-Straße gelegt. Die entsprechenden, aber nicht eingezeichneten Hinweisschilder würden an den Entscheidungspunkten rechtzeitig angebracht. Sowohl die klein- als auch die großräumige Verkehrsführung seien bedarfsabhängig anpassbar.

In der letzten Sitzung habe seine Fraktion ausgesprochen, beginnt StR Peterhoff (90/GRÜNE), dass es gelte, den Verkehr über die Planie zu reduzieren. Dies gelänge, wenn die planerisch verbleibenden 4.000 Fahrzeuge pro Tag bereits früher oder erst über die Schiller- oder Wolframstraße umgeleitet würden. In der vorgestellten Planung sei dies nicht vorgesehen. Sollte die Verkehrsführung so eingerichtet werden, bedeute dies eine massive Beeinträchtigung für den Einzelhandel und die Anwohner. Er habe begründete Bedenken, dass der durch die Belastung zerstörte oder mindestens stark belastete Einzelhandel eine schlechte Grundlage für das eigentliche Ziel, die Aufwertung des Quartiers, sei. Die Leonhardsvorstadt dürfe nicht derartig belastet werden, darauf ziele der neuerliche Antrag. Eine aussagestarke Beschilderung solle den Verkehr frühzeitig auf andere Wege leiten und den Abbieger Richtung Planie obsolet machen. Angesichts des Zeitdrucks könne die gezeigte Gestaltung anfänglich mitgetragen werden, in den verkehrsschwachen Sommermonaten sollte mittels Verkehrsversuchen eine entlastende Alternativstrecke erprobt und als verbleibend festgelegt werden.

Es müsse beachtet werden, welche Wegebeziehung von wem benutzt würde, regt StR Dr. Vetter (CDU) an. Hauptsächlich werde die Planie aus Richtung der Esslinger Straße/Hauptstätter Straße von Personenkraftwagen und nicht von Lastkraftwagen befahren. Mit einer Differenzierung nach diesen Kategorien solle nur noch der Personenkraftverkehr über die Esslinger Straße geführt werden. Diese reduzierte Nutzung entspanne die Situation in der Esslinger Straße und könne deshalb ohne weitere Experimente über die Baustellendauer von zwei Jahren aufrecht gehalten werden.

Die vorgestellte Verkehrsführung lasse nicht erkennen, dass auf die auch vom Bezirksbeirat vorgetragene Einwendungen eingegangen worden sei und werde von ihrer Fraktion weiterhin nicht mitgetragen, erinnert StRin Schanbacher (SPD) an die letzte Sitzung des Gremiums. Die mühevoll erreichte Aufwertung der Leonhardsvorstadt dürfe nicht durch die Durchfahrt von 4.000 Fahrzeugen gefährdet werden. Es könne mehr Verkehr über die Olgastraße geleitet werden. Die ins Gespräch gebrachten Varianten der Verkehrsführung zu Linksabbieger und U-Turn müssten mit dem Ziel einer Reduzierung intensiv beraten werden.

Auch StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) hatte gehofft, beim heutigen Termin Neuerungen zur Verkehrsführung vorgestellt zu bekommen, lediglich der - vermutlich von Breuninger - gestellte Antrag sei neu. Es gebe Möglichkeiten der großräumigen und kleinräumigen Verkehrsführung die erlaubten, die Esslinger Straße nicht als Umfahrung einzuplanen; die jeweiligen Ziele könnten auf Alternativstrecken erreicht werden. Er stellt die Frage, ob die Planung darauf ausgerichtet sei,

Breuninger-Kunden die Zufahrt ins Parkhaus zu erleichtern. Der Einzelhandel an der Esslinger Straße würde kaputt gemacht; die genannten zwei Jahre Bauzeit bezögen sich nur auf einen Teil der Maßnahmen, weitere würden folgen. Geplante Bauzeiten würden regelmäßig massiv überschritten. Es sei kein Nachweis vorgelegt worden, dass es keine Alternative zur Nutzung der Esslinger Straße gebe. Die Notwendigkeit, dem Bus die Befahrung der Esslinger Straße zu ermöglichen, sei im Gegensatz zum individualverkehrlichen Linksabbiegeverkehr und dem U-Turn gegeben.

Der dem motorisierten Individualverkehr gewährte Vorzug gegenüber den Interessen von Anwohnern und Gewerbetreibenden der Esslinger Straße sei bedauerlich, stellt StRin Königter (PULS) fest. Sie halte an ihrer Meinung zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt fest. Es sei dem Ausschuss bekannt, dass die Verwaltung die Maßnahmen ohne seine Beteiligung umsetzen könne. Gleichwohl erkenne der Ausschuss, wie sich die Verwaltung bemühe, das Verkehrsaufkommen möglichst zu verringern. Die ohnehin schon belastende Gesamtsituation für Anwohner und Gewerbetreibende der Esslinger Straße dürfe sich nicht weiter zuspitzen. Dieses Ziel wiege eine zeitweilige Verschlechterung der Situation der B14 auf. Akzeptabel sei, die Streckenführung für den öffentlichen Nahverkehr über die Esslinger Straße laufen zu lassen, sie schließe sich dem Vorschlag von StR Peterhoff an.

StR Serwani (FDP) erinnert, es handele sich um keine Angelegenheit, die die Beteiligung des Gemeinderats erfordere und begrüßt die Idee von StR Dr. Vetter, zwar den Personenkraftverkehr, aber nicht den Schwerlastkraftverkehr in der Esslinger Straße zuzulassen. Er ist sehr zufrieden mit der geplanten Streckenführung für den Bus. Das durchdachte Konzepte mit großräumiger und kleinräumiger Verkehrsführung bewirke unausweichlich durch die Umleitung des Verkehrsflusses eine Belastung anderer Straßen, erst recht mit einer Totalsperrung der Esslinger Straße, und provoziere so entsprechende Reaktionen. Für den Linksabbiegeverkehr aus der Esslinger Straße gebe es durchaus noch andere Ziele als Breuninger. Angesichts verschiedener Einflüsse und Reaktionsmöglichkeiten des Individualverkehrs sei eine verlässliche Prognose des später stattfindenden Verkehrsflusses nicht möglich.

Eine rechnerische Verteilung der Zahl von 4.000 Fahrzeugen auf zwölf Stunden bedeute fünf bis sechs Fahrzeuge in der Minute, dies sei nicht besonders viel, diese wären unterschiedlich verteilt wegen des tageszeitlichen Verkehrsaufkommens, rechnet StR Dr. Mayer (AfD) vor. Daraus könnten sich keine massiven Einschränkungen, weder für Fußgänger noch auf den Einzelhandel an der Esslinger Straße, ergeben. Er kritisiert, die Planungen für die Verkehrsführung hätten früher aufgenommen werden müssen, am besten mit Beginn der Planungen der Projekte "Haus für Film und Medien" und "Mobility Hub", diese seien längst bekannt.

Es handele sich um ein gemeinsames Projekt der Stadt und von Breuninger, die absehbare Bauzeit brauche eine zuverlässige Verkehrsführung. Dafür müssten die Bauherren ein Konzept einreichen, welches dann seitens der Verwaltung geprüft und optimiert würde, fasst BM Dr. Maier zusammen. So habe der Baustellenverkehr entsprechend von Anregungen des Ausschusses eine Änderung erfahren und würde auf die B14 ausgeleitet. Eine Totalsperrung sei wegen tatsächlicher und rechtlicher Bedingungen ausgeschlossen, so seien Anwohner des Bohnenviertels an einer Nutzung der Esslinger Straße interessiert, auch das öffentliche Parkhaus "Bohnenviertel" müsse angebunden bleiben.

Es gebe keine erlaubte und sichere, kleinräumige Lösung einer Verbindung zwischen den Bundesstraßen außer dem vorgeschlagenen Linksabbiegeverkehr in die Planie. Die Prämisse, Verkehrsunsicherheiten auszuschließen, erlaube nicht, an der Kreuzung Olgastraße/Charlottenstraße einen Linksabbiegeverkehr einzurichten, ergreift Herr Herrmann das Wort, auch an der Wilhelmstraße sei dies verboten. Ohne den vorgeschlagenen Linksabbiegeverkehr werde sich genau dieser Unfallschwerpunkt realisieren. Die Einrichtung eines Linksabbiegeverkehrs an der Olgastraße/Charlottenstraße scheidet auch wegen der Möglichkeit eines Störfalles der Talquerverbindung der SSB aus. Eine alternative Streckenführung über die Paulinenstraße sei wegen der baustellenbelasteten Anpassung der Radinfrastruktur in der Theodor-Heuss-Straße ab 2025 nicht ratsam. Die großräumige Lösung werde wie vorgestellt umgesetzt. Das Planfeststellungsverfahren von Stuttgart 21 stünde einem U-Turn am Gebhard-Müller-Platz entgegen. Ein Verkehrsversuch während der Sommerferien verleite den Verkehr, sich aus Sicht der Verwaltung ungewollte Wege zu erobern. Die Verwaltung werde prüfen, ob der Schwerlastverkehr herausgenommen werden könne.

Die Führung des Baustellenverkehrs und die Anregung, den Schwerlastverkehr auszu-sondern, seien gute Ansätze zur Entlastung, befindet StR Peterhoff. Obwohl es keine Pflicht gebe, den Gemeinderat zu beteiligen, wünscht sich der Stadtrat ein konstruktives Miteinander, was die Stadträte auch signalisierten. Wegen der mehrheitlichen Ablehnung der Verkehrsführung über die Esslinger Straße bittet er die Verwaltung, auf die angeführten Einwendungen einzugehen. Fakt sei, auch der Durchgangsverkehr fahre über die Planie. Der Plausibilität, ein beständiges Verkehrskonzept durchgängig aufrechtzuerhalten, stünden die Interessen der Leonhardsvorstadt und des Einzelhandels entgegen. Er formuliert einen Antragsvorschlag, während der Sommermonate einen Verkehrsversuch durchzuführen, der darauf abziele, auf den Linksabbiegeverkehr in die Planie zu verzichten.

Ein unter schwierigen Umständen erreichtes Testergebnis sei belastbarer als ein während des Sommers unter leichten Bedingungen erlangtes, interveniert StR Dr. Mayer.

StRin Schanbacher unterstreicht die kooperative Einstellung ihrer Fraktion, sich gemeinsam mit der Verwaltung - auch entsprechend des Vorschlags von StR Peterhoff - um eine Entlastung für die Leonhardsvorstadt zu bemühen, genauso, wie ihre Aussage, die vorgestellte Verkehrsführung abzulehnen.

Auf die Bitte von BM Dr. Maier hin, erläutert Herr Herrmann die Gründe, den Linksabbiegeverkehr in die Planie wie vorgestellt zu realisieren. Der aus dem Bohnenviertel kommende Verkehr (öffentliches Parkhaus oder Anwohner) benötige eine verkehrstechnisch angemessene Führung. In die Richtungen West, Nord und Ost erst über einen U-Turn zu gelangen, vermutlich mit einer Umfahrung des Österreichischen Platzes, schrecke ab. Autofahrer wollten direkte Wege; sie verfolgten erfahrungsgemäß ihre Ziele sehr hartnäckig unter Inkaufnahme von Unfallrisiken. Durch das Kappen der Zufahrt zur Planie bzw. dem Planietunnel entstände ein verkehrsunsicherer Zustand. Zu einer Unfallhäufung käme es beim Linksabbiegen nach einer regelwidrigen, die Kappung umgehenden Fahrt über den Wilhelmsplatz, die Wilhelmstraße und Olgastraße.

StR Pantisano bewertet es als falsches Vorgehen, wegen absehbar vorschriftswidrigem Fahrverhalten eine überwiegend nachteilige Verkehrsführung zu planen bzw. einzurichten, dies taue nicht als Basis für Verkehrsplanung. Eine Sperrung des Parkhauses "Bohnenviertel" verringere das Verkehrsaufkommen, was weniger Bedarf für einen

Linksabbiegerverkehr bedeute. Es bestehe keine gesetzliche Pflicht zu gewährleisten, dass jede Örtlichkeit mit dem Auto erreicht werden könne.

Die fachliche Kompetenz, die hinter der vorgetragenen Planung stehe, überzeuge ihn, und er könne diese Verkehrsführung auf zwei Jahre vertreten, bekennt StR Dr. Vetter. Die parteipolitischen Positionierungen gegen das Auto zeigten sich wieder einmal klar, diese seien thematisch nicht förderlich und gehörten hier nicht hin. Nach Abstimmung über den von StR Peterhoff formulierten Antrag läge es an der Verwaltung zu entscheiden, wie sie das Abstimmungsergebnis werte.

Sie sei solcher wie eben von StR Dr. Vetter wiederkehrend vorgebrachter Pauschalierungen "gegen das Auto zu sein" überdrüssig, wehrt sich StRin Köngeter. Sie und andere ihr politisch nahestehende Gremiumsmitglieder strebten an, die Situation für diejenigen, die in der Leonhardsvorstadt lebten und arbeiteten, nicht zu verschlechtern. Dies werde aber in Kauf genommen, um die Situation für die Autofahrer nicht zu verschlechtern.

Es gehe tatsächlich nicht um die politisch-ideologische Haltung zum Auto, sondern darum, den Einzelhandel in der Esslinger Straße zu schützen, ergänzt StR Peterhoff. Dieser sei schutzwürdiger als die geringe Anzahl der Nutzer des Parkhauses "Bohnenviertel". Er trägt seinen Antrag ausformuliert vor: "1. Die Verkehrsführung über die Esslinger Straße während der nächsten beiden Jahre wird abgelehnt. 2. Auf 'den Linksabbieger' in die Planie wird verzichtet. 3. In einem Verkehrsversuch während des Sommers soll der Verzicht auf 'den Linksabbieger' als möglich erprobt werden."

Er verstehe die Gründe, Anwohnern die Nutzung der Esslinger Straße mit dem Auto zu ermöglichen, meint StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tiereschutzpartei), allerdings erschließe sich ihm nicht, wieso nicht nur dem Bus die Zufahrtmöglichkeit von der B14 in die Esslinger Straße gegeben werden solle. Er hinterfragt, weshalb den wenigen Nutzern des Parkhauses nicht zugemutet werden könne, wie der Bus nach rechts abzubiegen, und ob es nicht möglich sei, über die Fritz-Elsas-Straße dieselben Ziele wie über die Planie zu erreichen.

Der Berliner Platz sei als Verkehrsknotenpunkt mit mehreren Stadtbahnlinien hoch belastet und Teil der Fritz-Elsas-Straße, deshalb sollte eine weitere Inanspruchnahme der Straße vermieden werden, erklärt Herr Herrmann. Er sieht den Weg über Paulinenstraße, Theodor-Heuss-Straße und Fritz-Elsas-Straße um zur Planie zu gelangen, kritisch; nach dem Durchfahren des Planietunnels sei vor dem Charlottenplatz ein U-Turn erforderlich. Aufgrund der bestehenden Erschließungsnotwendigkeit des Parkhauses "Bohnenviertel" müsse dieses geöffnet und erreichbar bleiben. Die Olgastraße könne über die Rosenstraße, die baufeldseitig geschlossen sei, nicht angefahren werden. Für Geradeaus- und Rechtsfahrende (in die Charlottenstraße) sei die Führung über Wilhelmstraße und Olgastraße die beste Lösung. Ein Linksabbiegerverkehr an dieser Stelle führe zu einer Überlastung, darum müsse eine Alternative gegeben werden. Das Gesamtkonzept müsse alle Verkehrsströme im notwendigen Rahmen verkehrssicher abdecken. Ein Angebot möglichst vieler Verkehrsbeziehungen entspringe dem Prinzip der Verkehrssicherheit, um Spontanentwicklungen zu unterbinden.

Die Komplexität dieser Aufgabe könne während einer Sitzung nicht umfassend dargestellt werden, bedauert BM Dr. Maier. Im Falle eines zustimmenden Beschlusses zu

dem von StR Peterhoff formulierten Antrag, den dieser bitte noch einmal formulieren möge, würde dieser als Empfehlungsbeschluss mitgenommen.

StR Peterhoff stellt wie folgt seinen Antrag zur Abstimmung: "1. Die Verkehrsführung über die Esslinger Straße während der nächsten beiden Jahre wird abgelehnt. 2. 'Auf den Linksabbieger' in die Planie wird verzichtet. 3. In einem Verkehrsversuch während des Sommers soll der Verzicht 'auf den Linksabbieger' als möglich erprobt werden."

Dazu stellt BM Dr. Maier fest:

Dem mündlich gestellten Antrag von StR Peterhoff wird bei 9 Ja- und 6 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Der Empfehlungsbeschluss werde seitens der Verwaltung in die weitere Prüfung mit einbezogen, sichert BM Dr. Maier zu. Da die Zeit dränge, sollten die Maßnahmen zügig umgesetzt werden, was Nachbesserungen nicht ausschließe. Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, schließt er den Tagesordnungspunkt.

BM Dr. Maier stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Mitschele / fr

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. *Referat AKR
Kulturamt*
 4. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. BVin Mitte
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand